

Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik führte zu beträchtlichen Fortschritten in der Gemeinschaftsarbeit zwischen der Wirtschaft und dem Transportwesen. Das fand seinen Niederschlag in der neuen Transportverordnung. Ein weiterer Ausdruck hierfür ist auch die neue Arbeitsweise der Transportausschüsse als den staatlichen Organen zur Koordinierung der Transportaufgaben. Besonders im vergangenen Jahr hat sich auf der Grundlage des Ministerratsbeschlusses vom 15. Februar 1962 zu Transportfragen die Wirksamkeit dieser Organe bedeutend erhöht.

Das Transportwesen gehört zu den führenden Zweigen der Volkswirtschaft, deren Fortschritt, wie es im Programmentwurf heißt, entscheidend ist für den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Um dieser Anforderung voll gerecht werden zu können, benötigen wir ein umfassendes Programm der sozialistischen Rationalisierung des Transportwesens.

Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gibt uns *erstmalig* die Möglichkeit, diese Rationalisierung *von* der Herstellung optimaler Lieferbeziehungen *über* die planmäßige sozialistische Arbeitsteilung zwischen den Transportzweigen *bis* zur Rationalisierung in den Transportbetrieben durchzuführen.

Die komplexe Vorbereitung und Durchführung der Transportprozesse auf der Grundlage einer Transportkette vom Erzeuger bis zum Verbraucher unterscheidet prinzipiell die sozialistische Transportrationalisierung von der in den kapitalistischen Ländern. Ihre Durchsetzung erfordert Veränderungen in der Planung der Volkswirtschaft, den Kooperationsbeziehungen und im Transporttarifsystem.

Die sich in der Leitung der Industrie und Landwirtschaft vollziehenden Veränderungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Leitung des Transportwesens - auch in der Bezirks- und Kreisebene. Der Transport in den Bezirken und Kreisen muß künftig besser koordiniert und straffer geleitet werden. Wir denken daran, den Kraftverkehr und das Straßenwesen in einem Bezirksorgan zusammenzufassen, um auch in diesem Bereich das Prinzip der produktionszweigmäßigen Leitung stärker zur Geltung zu bringen.

In den Kreisen sollte man sich stärker als bisher mit dem kommunalen Verkehr beschäftigen. Dabei ist zu prüfen, ob die vorwiegend von der Landwirtschaft genutzten Fahrwege nicht der Verantwortung der künftigen Landwirtschaftsräte unterstellt werden sollten.

Diese Entwicklung in den Bezirken und Kreisen wird aber auch zu be-